

WOLFGANG THIERSE

Kulturpolitik als Politik der Beheimatung

»Heimat« ist zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen und neuer intellektueller Aufmerksamkeit geworden. Warum das so ist, das ist längst Teil der Debatten und wissenschaftlichen Analysen geworden. Etwas wird wichtig, wenn es nicht mehr selbstverständlich, wenn es bedroht ist. Die radikalen Veränderungsprozesse, die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen, die der Begriff Globalisierung zusammenfasst, die Migrationsschübe, die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation, die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte, insgesamt das Erleben einer »Welt in Unordnung« – das alles verstärkt auf offensichtlich dramatische Weise das individuelle und kollektive Bedürfnis nach neuen (und auch alten) Vergewisserungen und Verankerungen, nach Identität, nach Sicherheit, eben nach Beheimatung.

Die Gefühle der Unsicherheit, der Gefährdung des Vertrauten und Gewohnten, der Infragestellung dessen, was Halt gibt und Zusammenhalt sichert, insgesamt Entheimungsbefürchtungen und Zukunftsunsicherheiten – sie sind höchst ungleich verteilt. So gibt es – drei Jahrzehnte nach Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit – eine West-Ost-Ungleichheit der Sicherheiten und Gewissheiten: nach den ostdeutschen Erfahrungen eines Systemwechsels, eines radikalen Umbruchs sowohl ökonomisch-sozialer wie moralisch-kultureller Art, nach dem vielfachen Erlebnis der Entwertung und des Entschwindens der eigenen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen.

Zur Dialektik der Globalisierung gehört offensichtlich eine neue, vor allem kulturelle Spaltung der Gesellschaft (die allerdings die »älteren« sozialen Spaltungen nicht zum Verschwinden bringt). Diese Spaltung wird in unterschiedlicher Terminologie beschrieben: zwischen den »Somewheres« und »Anywheres«, zwischen dem »kosmopolitischen«, libertären, urbanen Teil der Bevölkerung und dem »kommunitaristischen«, lokalorientierten und gebundenen Teil. Wie angemessen diese Termini sind, sei hier nicht diskutiert, aber doch festgehalten: Es

sind ja nicht die kosmopolitischen Eliten, die Libertären, die auf den Wellen der Globalisierung Surfenden, die Modernisierungsschübe erfolgreich Meistern, die Entheimungsbefürchtungen und Entfremdungsängste empfinden. Es sind die Anderen, die die Veränderungen durch Globalisierung und durch das Fremde und die Fremden als Gefährdung ihrer vertrauten Lebenswelt, auch als sozialen Verteilungskonflikt erfahren.

Diese Anderen reagieren auf die Öffnung der Grenzen mit dem Wunsch nach neuen Grenzen, mit dem Wunsch zurück zum souveränen Nationalstaat. Sie reagieren auf die postmoderne Vielfalt und den kulturellen Pluralismus mit dem Wunsch nach kultureller Eindeutigkeit von Identitäten, nach verbindlichen Werten, nach nationaler Leitkultur. Man kann auf solche Wünsche mit purer Ablehnung und Verachtung reagieren, was ich allerdings für falsch halte. Die Rechtspopulisten tun das Gegenteil und das erklärt wenigstens zum Teil ihren Erfolg. Denn Ängste sind soziale und politische Realitäten. Man überwindet sie nicht, in dem man sie für dumm oder einfach unbegründet erklärt. Ängste kann man auch ausbeuten und parteipolitisch instrumentalisieren, die AfD tut das ziemlich erfolgreich. Man kann sie aber auch ernst nehmen und beantworten, also die ängstigenden Probleme zu lösen versuchen. Das müsste – eigentlich selbstverständlich – der demokratische Weg sein. Und das sollte heißen: Das aktuell drängendste, die Gesellschaft immer noch spaltende Problem – die Integration der großen Zahl von Flüchtlingen – verlangt eine doppelte Perspektive, muss als doppelte Aufgabe begriffen und zu lösen versucht werden: Die zu uns Gekommenen sollen, sofern sie hier bleiben wollen und können, heimisch werden im bisher fremden Land – und den Einheimischen soll das eigene Land nicht fremd werden, sondern heimisch bleiben.

Heimisch werden, heimisch sein heißt, die gleiche Chance zur Teilhabe an den öffentlichen Gütern des Landes zu haben, also an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Kultur. Es heißt, menschliche Sicherheit und Beheimatung zu erfahren, was mehr ist, als Politik allein zu leisten vermag, sondern Aufgabe vor allem der Zivilgesellschaft ist. Von ihren Strukturen und Gesellungsformen, von deren Einladungs- oder Abweisungscharakter, also von unserem Engagement, unserer Solidarität als Bürger des Einwanderungslandes Deutschland hängt es ab, ob Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft zu werden vermag. Bisher allerdings ist unser Land durchaus in zwei Zivilgesellschaften geteilt, die sich an der Migrationsfrage spalten. Es geht dabei um Zugehörigkeit, um Anerkennung, um Teilhabe und darum, ob es gelingt, einen gemeinsamen Sinn für Zugehörigkeit (Ralf Dahrendorfs »sense of belonging«) zu entwickeln. Es geht darum, die insgesamt geschwächten gesellschaftlichen Kohäsionskräfte wieder zu stärken.

Was hat diese Herausforderung mit unserem Thema, mit Heimatpolitik zu tun?

»Wo Heimat bedroht wird oder zerstört ist, entsteht ein fruchtbarer Boden für den Fremdenhass, nicht wo sie gesicherter Bestandteil der Lebenszusammenhänge ist« – das hat Oskar Negt bereits vor 20 Jahren, im Jahr 1989 so formuliert.

Er bezeichnet Heimat als einen Reaktions-Begriff auf die Enteignung der Lebenswelt:

»Der Kampf um Heimat ist ein Kampf des tätigen, arbeitenden Menschen für die Vertrautheit einer Welt, in der er sich in den von ihm produzierten Gegenständen, im gegenständlichen gesellschaftlichen Reichtum, wiedererkennt und in seinen Wesenskräften anerkannt findet. Darin liegt der umfassende kritische Sinn von Heimat; deren Urbild bezeichnet gerade die Aufhebung der Trennung von Gefühlen und Denken, der Sinne und der Phantasie, des passiven Sichgehenlassens und des aktiven Eingriffs. Es mag eine Utopie sein, aber sie enthält gewaltige Antriebskräfte des Handelns in den Menschen.« (Negt 1990)

Der Kampf um Heimat in diesem Sinne – prägte und prägt zahllose Aktivitäten der Zivilgesellschaft, prägt die Bürgerinitiativen zur Erhaltung von Stadtteilen und Wohnraum, gegen Atomkraftwerke, Autobahnen, Stromschneisen, gegen die Zerstörung der Lebenswelt, gegen die ökologische Katastrophe – bis hin zu »Fridays for Future«. Alles konservativ, ja reaktionär? Wohl nicht. Das alles war und ist bürgergesellschaftliche Heimatpolitik im vernünftigen Sinne dieses Wortes! Wer Heimat zum Gegenstand und Ziel von (zumal auch Regierungs-)Politik macht, muss sich gewiss der Gefahren von Ideologisierung und falscher Politisierung von Heimat bewusst sein, die wir gerade auch aus unserer deutschen Geschichte kennen. Denn Heimat ist eben doch mehr als materielle und soziale Infrastruktur, um die Politik sich wahrlich zu kümmern die ständige Pflicht hat.

Heimat meint ja den immer kulturell geprägten Raum der Vertrautheiten und Geborgenheiten, der emotionalen Bindung und Identifikation, der Anerkennung und Wertschätzung, der Selbstverständlichkeiten und Zuordnungen. Heimat meint die Kenntnis von Ort und Herkunft und Geschichte, die Erfahrung von Gemeinschaftlichkeit, die Erfahrung des Geworden- und Geprägtseins und meint zugleich eine Hoffnung in die Zukunft hinein. Sie ist immer auch ein Sehnsuchtsort, wie Ernst Bloch es am Schluss seines monumentalen Werks »Prinzip Hoffnung« unübertrefflich formuliert hat: »Was allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war.«

Unterstellt man, wovon ich überzeugt bin, dass alle Menschen (gewiss unterschiedlich intensiv) das Bedürfnis nach Beheimatung haben, dann gibt es eine politische Verantwortung dafür, dass Menschen (möglichst viele, im Idealfall alle) heimisch werden und heimisch sein können, dass sie die Chance zur Beheimatung erhalten, dass ihr Beheimatungsbedürfnis erfüllt werden kann.

Eine solche Vorstellung von Heimat als (im weitesten Sinne des Wortes) politische Aufgabe der Beheimatung nimmt dem Heimatbegriff alles Starre, Konservative, Reaktionäre. Heimat als Prozess von Beheimatung(en) ist dann weder sozial noch ethnisch noch religiös exklusiv. Ein solcher, »linker« Heimatbegriff zielt auf die Kräfte und Dimensionen von Beheimatung, macht diese zum Gegenstand politischer und kultureller Aufmerksamkeit und politischen und kulturellen Handelns.

Dann kümmert sich Politik um die wesentlichen Beheimatungsdimensionen von Menschen, die der politischen Gestaltung und Förderung zugänglich sind. Das beginnt mit der Förderung der Familie, dem ersten Ort der Erfahrung von Zuhause, von Geborgenheit. Geht weiter mit der Sicherung des elementaren Menschenrechts auf menschenwürdiges Wohnen. Geht weiter mit dem Schutz der Kindheit, den gleichen Bildungschancen, der fairen Zugänglichkeit zu einem guten Schulsystem für alle Kinder, egal woher sie sozial oder ethnisch oder geografisch kommen. Es folgen der Schutz und die Förderung der Natur, der Umwelt, der Landschaften, der Orte, die uns Vertrautheiten und Wohlbefinden ermöglichen, der Schutz und die Pflege lokaler kultureller Traditionen, der geschichtlich geprägten Räume und Symbole von Gemeinschaftlichkeit (auch und gerade gegen deren Zerstörung durch die zerstörerischen Kräfte von marktgesteuerten »Modernisierungen«). Beheimatungspolitik muss vor allem auch ganz praktisch auf die Gestaltung der materiellen Voraussetzungen von Beheimatung zielen. Arbeit zu haben, zählt selbstverständlich zu den elementaren Voraussetzungen, sich heimisch fühlen zu können. Arbeitslos macht auch heimatlos, weil es die Lebensmöglichkeiten radikal einschränkt. Und ohne öffentliche Daseinsfürsorge ist Beheimatung nicht recht möglich. Ob Kommunen als lebenswert empfunden werden, hängt ganz wesentlich von deren sozialer, verkehrlicher, technischer und kultureller Infrastruktur, von deren Angebot an Dienstleistungen ab. Für den Umfang und die Qualität der öffentlichen Güter (auch der öffentlichen Sicherheit), also deren gerechte und faire Zugänglichkeit trägt demokratische Politik die Verantwortung. Beheimatungspolitik muss sich deshalb um die Verteidigung oder Rückgewinnung der öffentlichen Räume kümmern und deren immer weiteren Privatisierung und deren vollständiger Unterwerfung unter Marktmechanismen widerstehen.

Beheimatungspolitik ist in ihrem eigentlichen Zentrum aber Bildungs- und Kulturpolitik. Heimat ist ja nichts Leeres, sie ist immer ein geschichtlich und kulturell geprägter Ort und Raum und Prozess. Diese Prägung kennenzulernen, in sie hineinzuwachsen, sie einzuüben, das ist Aneignung von Heimat. Dass es in der Schule Heimatkunde-Unterricht gibt, ist deshalb nichts Reaktionäres, sondern etwas höchst Vernünftiges. Einen Kanon an geschichtlichem und kulturellem Wissen zu erwerben, in dessen Zentrum die Geschichte und Kultur des eigenen Landes stehen sollten, das ermöglicht erst die Chance zur geschichtlich-kulturellen Beheimatung im Hier. Ein solcher Kanon, wie wenig er endgültig fixiert sein mag, ist eine bildungspolitische Aufgabe der Schulen. »Das Eigene muss so gut gelernt sein, wie das Fremde«, kann man bei Hölderlin lesen. Dies ist ein Baustein zur Bildung kultureller Identität, die durchaus nicht der Abgrenzung und Ausgrenzung bedarf, sondern der Vergewisserung und Förderung gelassenen kulturellen Selbstbewusstseins dient, das Voraussetzung für Offenheit gegenüber Neuem und Fremdem ist.

Zum Schluss: Heimat ist ein Geflecht von Normen und Wertüberzeugungen, von Tugenden und Verhaltensweisen, von Regeln und Gewohnheiten durchaus

vielfältiger, aber doch fassbarer Art. Diese sind gewiss in Bewegung, aber sie sind doch nicht beliebig. Deren Kern ist formuliert in unserer Verfassung. Die grundgesetzliche Werteordnung ist das Fundament unserer Heimat und darf niemals zur Disposition stehen. Mit dem Blick auf das Grundgesetz und auf unsere rechts- und sozial- staatliche Ordnung lässt sich durchaus pathetisch sagen: Unser Land ist und soll sein: Heimat der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, des Rechts und der Toleranz, der Erinnerungskultur, der Weltoffenheit. Heimat ist also auch ein hoher Anspruch. Diesen Anspruch haben wir zu verteidigen gegen jede völkische, ethnische, soziale Verengung und Verfälschung. Diesem Anspruch zu genügen, auch das ist Ziel und Verantwortung von Beheimatungspolitik. Heimat ist ein Begriff der Selbstachtung und nicht der Ausschließung. »Wer sich selbst nicht achtet, kann keine Achtung von anderen erwarten« (Navid Kermani). Wir sollten jedenfalls die gelegentlich verschämt-aggressive oder auch ungeschickt-hilflose Abwehr gegen »Heimat« (in all ihren emotionalen und intellektuellen Höhen und Untiefen) überwinden und Arbeit für und an Beheimatung als eines der wichtigen Ziele demokratischer Politik begreifen – um der Zukunft unserer Demokratie als politischer Lebensform der Freiheit in einer pluralistischen Gesellschaft willen.

Literatur

Negt, Oskar (1990): »Wissenschaft in der Kulturkrise und das Problem der Heimat«, in: Bundeszentrale für politische Bildung (1990): *Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven*, Bonn (Schriftenreihe der bpb), 294/I, S. 185–195

